

Kapitel 11. Der Staat als Wirtschaftspolitikträger

Bei der Analyse des Verhältnisses zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor im Modell des " staatslosen Staates " in Abschnitt 8.3 wurde gezeigt, dass die Kosten für die Existenz und das Funktionieren des öffentlichen Sektors ausschließlich von Personen getragen werden, die im privaten Gütersektor tätig sind. Dies liegt daran, dass die von ihnen stammenden Güter benötigt werden, um sowohl die Richter als Personen zu befriedigen als auch um mit ihnen die öffentlichen Güter und Dienstleistungen zu bezahlen. Daraus folgt, dass jede Zunahme der Nachfrage des öffentlichen Sektors sowohl nach privaten Gütern und Dienstleistungen als auch nach öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zu einer entsprechenden Zunahme der Belastung der im Sektor der privaten Güter und Dienstleistungen tätigen Personen mit öffentlichen Abgaben führen muss.

Diese Schlussfolgerung gilt nicht nur für das Modell des " staatslosen Staates " mit dem ihm zugrundeliegenden Kreditgeldsystem. Sie gilt auch für jede Realwirtschaft, die auf von der jeweiligen Zentralbank geschaffenem Geld basiert. Nur wird eine solche Beziehung durch den methodischen Ansatz der Mainstream-Ökonomie, in der der Mensch als Subjekt im Grunde nicht vorkommt, wirksam verschleiert. In dieser Theorie wurde der Mensch in den Hintergrund gedrängt und auf die Rolle eines von vielen Mitgliedern einer aggregierten Einheit reduziert, die unter dem Namen Haushalte auftritt.

An dieser Stelle wurde die Volkswirtschaft als Ganzes in den Blickpunkt gerückt. Dieser Organismus besteht aus den Haushalten, dem Staat und den Unternehmen¹. Die Haushalte spielen in diesem System eine untergeordnete Rolle. In seiner Gesamtheit dienen sie zum einen den Unternehmen als Anbieter des Produktionsfaktors Arbeit und zum anderen als Abnehmer der in den Unternehmen produzierten Produkte. Weder die innere Struktur dieser Makro-Einheit noch die sozialen Folgen ihrer Veränderungen sind für diese Theorie von Bedeutung. Was im Vordergrund steht, ist das Ziel des gesamten Wirtschaftssystems des Landes. Und dieses Ziel ist das sogenannte nachhaltige Wirtschaftswachstum bei Vollbeschäftigung. Um dieses Wachstum zu messen, wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen. Im Folgenden werden die Auswirkungen dieses Ansatzes in mehreren Schritten analysiert.

11.1 Das wirtschaftliche Ziel des Staates: Wachstum des BIP und Vollbeschäftigung

Das BIP ist ein aggregiertes Maß, das auf dem keynesianischen Konzept des Gesamteinkommens beruht (Keynes 1936, Kapitel 6). Sein Wert ist die Summe des Wertes der Waren und Dienstleistungen, die in einer bestimmten Volkswirtschaft während eines bestimmten Zeitraums produziert werden. Zu seiner Ermittlung wird

¹ Manchmal ist auch die Entität "Ausland" enthalten

heute ein Modell verwendet, das auf Daten zurückgreift, die im Rahmen des von den Vereinten Nationen entwickelten System of National Accounts (SNA) erhoben werden. Die Wachstumsrate des BIP und sein Pro-Kopf-Wert gelten als die wichtigsten Indikatoren für das Tempo und den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes.

Makroökonomisch gesehen sind drei Produktionsfaktoren, nämlich Kapital, Boden und Arbeit, am Prozess der Entstehung des BIP beteiligt. Jeder von ihnen erhält ein angemessenes Entgelt für seinen Beitrag zu diesem Prozess; dies ist das Einkommen eines bestimmten Produktionsfaktors. Für den Faktor "Kapital" besteht das Einkommen aus Gewinnen und Zinsen auf das investierte Kapital, für den Faktor "Boden" aus der Bodenrente und für den Faktor "Arbeit" aus der Summe der Löhne². Die Summe dieser drei Einkommensarten ergibt das Volkseinkommen, das das finanzielle Äquivalent des BIP ist. Mit dem erwirtschafteten Einkommen finanziert jeder dieser Produktionsfaktoren nach Entrichtung der fälligen Steuern seine Käufe von benötigten Waren und Dienstleistungen. Das so verteilte Volkseinkommen ermöglicht die zweckentsprechende Verwendung der in der Wirtschaft geschaffenen Produkte und Dienstleistungen für den privaten Verbrauch, die Unternehmensinvestitionen und den öffentlichen Verbrauch. Diese drei Aspekte des BIP, d. h. Entstehung, Verteilung und Verwendung, werden in Form der Gleichheit (Tautologie) dargestellt³:

$Y = C + I + G$ - Erzeugung und Verwendung des BIP,

$Y = C + S + T$ - Verteilung des Volkseinkommens, woraus folgt, dass:

$S + T = I + G$,

wobei:

Y - produktionsseitiges BIP, d. h. der Wert der Endprodukte und Dienstleistungen, die die materielle Struktur des BIP ausmachen

C - Konsumausgaben der Haushalte

I - Investitionsausgaben der Unternehmen

G - öffentliche Ausgaben (Staatsverbrauch)

S - Ersparnis der privaten Haushalte

T – Steuern

Als treibende Kraft des Wirtschaftswachstums gilt die so genannte Gesamtnachfrage. Sie besteht aus den Ausgaben der privaten Verbraucher (C), den Investitionsausgaben der Unternehmen (I) und den Staatsausgaben (G). Wenn die private Nachfrage von Verbrauchern und Investoren aus irgendeinem Grund nicht oder nur unzureichend wächst, um ein so genanntes gleichgewichtiges Wirtschaftswachstum bei

² Es sei darauf hingewiesen, dass der Begriff "Einkommen" eine etwas andere Bedeutung hat als der in dieser Studie verwendete (siehe Kapitel 7).

³ Der Einfachheit halber wird die vierte Komponente auf der rechten Seite dieser Gleichheit oft weggelassen, nämlich die Nettoexporte (X_n), der Saldo aus Exporten minus Importen.

Vollbeschäftigung zu gewährleisten, schlägt die Theorie vor, dass der Staat mit öffentlichen Ausgaben intervenieren sollte. Deren Wirkung soll in einem Anstieg des BIP um ein bestimmtes Vielfaches der getätigten Ausgaben bestehen. Die Größe dieses Ausgabenmultiplikators (m) wird durch einen Parameter bestimmt, den Keynes die marginale Konsumneigung nannte⁴. Der Zweck dieser Ausgaben spielt keine Rolle⁵. Es wird angenommen, dass sie in jedem Fall eine Kettenreaktion auslösen, die direkt oder indirekt zu einem Anstieg der Beschäftigung und des sozialen Wohlstands führt. Diese Theorie führt unter anderem zu der praktischen Schlussfolgerung, dass ein Anstieg der Beschäftigung im öffentlichen Sektor direkt zur Bekämpfung eines schwerwiegenden sozialen Problems wie der Arbeitslosigkeit beiträgt und sich auch in einem entsprechenden Anstieg des BIP niederschlägt.

Um die Schwächen der keynesianischen Wachstumstheorie, die dem Konzept des BIP zugrunde liegt, aufzuzeigen, wollen wir mit einem Thema beginnen, das in der wirtschaftlichen Analyse häufig übersehen wird, das aber von großer wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung ist. Es handelt sich um die physische Struktur des BIP. Wird sie außer Acht gelassen, so spiegelt das Bild der Wirtschaft, das sich aus dem Vergleich des absoluten Wertes des BIP in den einzelnen Ländern sowie verschiedener relativer Indikatoren auf der Grundlage dieses Aggregats ergibt, wie z. B. das Pro-Kopf-BIP oder die jährliche Wachstumsrate des BIP, nicht die tatsächliche Situation wider, sondern verfälscht sie im Extremfall sogar. Hier ein Beispiel, das dies verdeutlicht.

Nehmen wir an, dass in einer bestimmten geschlossenen Volkswirtschaft die Hälfte der Bevölkerung in der öffentlichen Verwaltung auf verschiedenen Ebenen und die andere Hälfte in Unternehmen in Form von Aktiengesellschaften arbeitet. Ein Teil dieser Unternehmen soll öffentliche Güter produzieren, der andere Teil soll die von der Industrie benötigten Produktionsmittel und Investitionsgüter herstellen. Gehen wir weiter davon aus, dass die Produktion dieser Unternehmen vollständig von den Empfängern gekauft wird; öffentliche Güter werden vom Staat und Investitionsgüter von den Unternehmen selbst gekauft. Bei diesem Modell erhebt der Staat keine Steuern, sondern finanziert alle öffentlichen Ausgaben mit Mitteln, die von der nationalen

⁴ In der einfachsten Form des Modells ist $m=1/(1-c)$ oder $m=1/s$, wobei m der Multiplikator, c die marginale Konsumneigung und s die marginale Sparneigung ist, mit $c+s=1$. Siehe jedes Lehrbuch über keynesianische Makroökonomie, z. B. Samuelson, Dornbusch, Krugman, Mishkin und viele andere.

⁵ Wahrscheinlich um das Problem zu verschärfen, hat Keynes in seinem Werk ein Argument wie das folgende verwendet (Keynes 1936, S. 129): "Wenn das Finanzministerium alte Flaschen mit Banknoten füllt, sie in geeigneter Tiefe in stillgelegten Kohlebergwerken vergräbt, die dann bis zur Oberfläche mit städtischem Müll aufgefüllt werden, und es dem privaten Unternehmertum nach den bewährten Grundsätzen des Laissez-faire überlässt, die Banknoten wieder auszugraben (das Recht dazu wird natürlich durch die Ausschreibung von Pachtverträgen für das Gebiet, in dem sich die Banknoten befinden, erworben), dann braucht man sich nicht zu sorgen, (das Recht dazu erhält man natürlich durch die Ausschreibung von Pachtverträgen für das Gebiet, in dem die Scheine liegen), dann braucht es keine Arbeitslosigkeit mehr zu geben, und mit Hilfe der Rückwirkungen würde das reale Einkommen der Gemeinschaft und auch ihr Kapitalvermögen wahrscheinlich ein gutes Stück größer werden, als es tatsächlich ist. Es wäre in der Tat vernünftiger, Häuser und dergleichen zu bauen; aber wenn dem politische und praktische Schwierigkeiten im Wege stehen, wäre das Obige besser als nichts."

Zentralbank nach einem zuvor verabschiedeten Kassenplan zu diesem Zweck geschaffen werden⁶. Die Unternehmen hingegen finanzieren ihre Ausgaben aus den Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Produktion. Dadurch erhalten das Management und die Mitarbeiter der Unternehmen, d.h. das gesamte so genannte "Humankapital", das ihnen zustehende Einkommen in Form von Löhnen und Gehältern, während die Unternehmen selbst als juristische Personen Gewinne erzielen. Gehen wir weiter davon aus, dass diese Gewinne vollständig zur Finanzierung von Entwicklungsinvestitionen reinvestiert werden. Nehmen wir weiter an, dass die Löhne, Gehälter und Gewinne um 15 % pro Jahr steigen und die Preise der Industrieprodukte unverändert bleiben, weil der Anstieg der Personalkosten durch die Senkung der Materialkosten aufgrund des technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgeglichen wird.

Unter diesen Annahmen würde die nach der SNA-Methodik berechnete reale BIP-Wachstumsrate also 15 % pro Jahr betragen. Dies wäre ein Fall für das keynesianische Ideal einer Wirtschaft mit Vollbeschäftigung, mit dynamischem, konstantem Wirtschaftswachstum und mit einem makroökonomischen Gleichgewicht zwischen globaler Nachfrage und globalem Angebot. Dieses Gleichgewicht wird durch die Gleichung $Y = C+I+G$ ausgedrückt, in der auf der linken Seite das globale Angebot an Endgütern, Y , steht, das in unserem Modell aus dem Wert der von den Beschäftigten an den Staat verkauften Dienstleistungen und dem Wert der für das Funktionieren des Staates benötigten öffentlichen Endgüter besteht, die von den Unternehmen an den Staat verkauft werden, während auf der rechten Seite die globale Nachfrage steht, die, wie bereits erwähnt, aus der Konsumnachfrage, C , der Investitionsnachfrage, I , und der Nachfrage des öffentlichen Sektors, G , besteht. Nur müsste der Konsum (C) gleich Null sein, da in diesem Modell niemand die Güter produziert, die die Menschen zum Leben brauchen. Stattdessen würde jeder über dynamisch wachsende Einkommen und Ersparnisse verfügen.

Das Problem in dem hier betrachteten Fall ist, dass das nach den SNA-Grundsätzen berechnete Bruttoinlandsprodukt die tatsächliche Lage der Wirtschaft nicht nur nicht widerspiegelt, sondern sogar verschleiert. Es stimmt natürlich, dass diese Beispielswirtschaft die Waren und Dienstleistungen produziert hat, aus denen sich ihr BIP zusammensetzt, und dass jeder ihrer Bestandteile einen bestimmten Verwendungszweck hat. Es ist auch unbestritten, dass sowohl der Käufer von Endprodukten, also der Staat, als auch die Käufer von Zwischenprodukten, also die Unternehmen, für das bezahlen, was sie kaufen. Alles macht also den Anschein eines normalen Marktes. In Wirklichkeit haben wir es aber mit einer Situation zu tun, in der die Menschen mit ihrem Lohn nichts kaufen können, um ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen, weil dort niemand Waren für die Bevölkerung produziert oder die

⁶ Dies war mehr oder weniger der Mechanismus zur Finanzierung der Wirtschaft, den die Finanztheorie der sozialistischen Wirtschaft vorsah, die den Studenten in den 1980er Jahren vermittelt wurde. (siehe z. B. Fedorowicz 1970). Der einzige Unterschied zwischen dieser Wirtschaft und dem untersuchten Modell bestand darin, dass es einen staatlichen Sektor für die Produktion von Marktgütern gab, der jedoch stets ineffizient war, und dass der private Sektor nur in der landwirtschaftlichen Familienproduktion und im Handwerk geduldet wurde.

benötigten Dienstleistungen erbringt. Das von den Menschen erwirtschaftete Geldeinkommen ist in diesem Fall also eine reine Illusion von Reichtum, eine perfekte Illustration des Konzepts des "leeren Geldes", hinter dem sich keine Waren verbergen, die sie im Austausch für ihre Dienste erhalten könnten.

Wenn es in diesem Modell kein Geld gäbe, wäre die Sache klar und eindeutig. In Fabriken, die die vom Staat benötigten Güter herstellen, müssten die Menschen unter Zwang und umsonst arbeiten. Sonst würde niemand diese Güter produzieren. In gleicher Weise müssten die Menschen in der öffentlichen Verwaltung umsonst arbeiten. Wie in Kapitel 8 gezeigt, hätte der Staat in diesem Modell keine andere Möglichkeit, die von ihm benötigten Güter und Dienstleistungen bereitzustellen. Verwendet der Staat hingegen sein eigenes Geld, so kann er dasselbe erreichen, indem er vorgibt, dass er dies nach marktwirtschaftlichen Prinzipien tut, d. h. dass er diese Güter und Dienstleistungen kauft und mit seinem Geld bezahlt. In Wirklichkeit nimmt der Staat den Menschen reale Güter und Dienstleistungen weg und gibt ihnen die Illusion von Reichtum in Form von Geld. Auf diese Weise gelingt es ihm, die Menschen auf betrügerische, man könnte sagen "behandschuhte" Weise von den Ergebnissen ihrer Arbeit zu enteignen. Wir werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit auf dieses Thema zurückkommen.

Das oben verwendete Beispiel ist natürlich extrem vereinfacht und basiert auf der impliziten Annahme, dass die Menschen das, was sie zum Leben brauchen, irgendwie außerhalb des Modells erwerben. Der Punkt ist jedoch genau der, dass, wenn wir uns auf die beiden Hauptziele der Volkswirtschaft, nämlich Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, konzentrieren und ignorieren, was das BIP ausmacht und wie die Staatsausgaben finanziert werden, sich die aus einer solchen Analyse gezogenen Schlussfolgerungen über das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Wohlfahrt als völlig falsch erweisen können.

In der realen Welt kommt Nordkorea, ein autoritärer kommunistischer Staat, in dem das Privateigentum praktisch auf persönliche Besitztümer beschränkt ist und alles andere in staatlichem Besitz ist, diesem extremen Modell am nächsten. Obwohl es keine offiziellen Daten über den Zustand der nordkoreanischen Wirtschaft gibt, kann man mit Sicherheit sagen, dass sie jedes Jahr ein Bruttoinlandsprodukt mit einem identifizierbaren Wert sowohl in absoluten Zahlen als auch auf Pro-Kopf-Basis erzeugt. Es ist auch möglich, diese Größen sowohl zeitlich als auch räumlich zu vergleichen⁷. Unabhängig von den Ergebnissen solcher Vergleiche, die natürlich eine gewisse Bedeutung haben, lässt sich jedoch nicht leugnen, dass dieses Aggregat materiell gesehen von Gütern und Dienstleistungen dominiert wird, die für den Unterhalt der Armee und die Durchführung des Rüstungsprogramms benötigt werden, sowie von importierten Konsumgütern für den Herrscher und seinen Hofstaat. Der Bereich der Güter und Dienstleistungen für die Bevölkerung ist dagegen für die Behörden von geringem Interesse.

⁷ Siehe z.B. <https://forsal.pl/galeria/1138735,najwieksza-zagadka-ekonomiczna-swiata-jak-duza-jest-gospodarka-korei-polnocnej-wykresy.html>. Zugriff am 3.03.2022

Eigentümer aller Unternehmen und Einrichtungen und damit einziger Arbeitgeber ist natürlich der Staat. Die Bürger wiederum sind verpflichtet, dort zu arbeiten, wo sie hingeschickt werden. Als Gegenleistung für ihre Arbeit erhalten sie ein Entgelt in der von der Obrigkeit festgelegten Höhe in von ihr geschaffenen Geld. Rein formal könnte man also von einer Art Ersatz für einen Markt für private Waren und Dienstleistungen sprechen, da sowohl Waren als auch Dienstleistungen für die Bevölkerung produziert werden und alle, die dort arbeiten, ihre spezifischen privaten Dienstleistungen an ihren Arbeitgeber verkaufen und dafür eine gewisse Vergütung erhalten. Nur hat dieser "Markt" weder mit dem Prinzip der Freiwilligkeit noch mit dem Prinzip der Reziprozität etwas zu tun. Sowohl der Zwang zur Arbeit als auch die Tatsache, dass der Staat über die Löhne, die Produktion und die Preise anderer Güter und Dienstleistungen entscheidet, führen dazu, dass der Staat den Menschen die Ergebnisse ihrer Arbeit in extrem hohem Maße entzieht. In der Tat ist dieses System näher an der Sklaverei als an einer Marktwirtschaft. Die Menschen verrichten die von der Obrigkeit gestellten Aufgaben, erhalten dafür aber kaum mehr als eine Schale Reis pro Tag, was für einen Sklaven zum Überleben reicht. Ausschlaggebend dafür ist weniger der absolute Wert des BIP als vielmehr der geringe Anteil an Waren und Dienstleistungen für die Bevölkerung und die Tatsache, dass das vom Staat geschaffene Geld zur Bezahlung verwendet wird. Der Staat hingegen kann es sich leisten, dem Diktator und seinen Höflingen ein Leben im Luxus zu ermöglichen und ein Rüstungsprogramm, einschließlich der atomaren und weltraumgestützten Aufrüstung, durchzuführen.

Die Situation der Bevölkerung in anderen kommunistischen Volkswirtschaften ist in dieser Hinsicht etwas besser. Sie hängt in erster Linie von der Politik der Behörden im Bereich der Güter und Dienstleistungen für die Bevölkerung und von der Beteiligung privater Unternehmen an diesem Sektor ab. Letztere sind insofern wichtig, als sie sich trotz verschiedener administrativer Beschränkungen stets schneller an die Nachfrage anpassen als staatliche Unternehmen. Je liberaler die Politik der Regierung gegenüber diesem Sektor ist und je größer sein Anteil am BIP ist, desto weniger sichtbar und weniger akut sind die Probleme bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, die sich aus der Tatsache ergeben, dass die Staatsausgaben durch Geldschöpfung finanziert werden.

Zu dieser Ländergruppe gehört auch China, ein Land, dessen Entwicklungstempo, gemessen an der BIP-Wachstumsrate, die Bewunderung von Wirtschaftswissenschaftlern aus hoch entwickelten Ländern auf sich zieht. Der Hauptfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes sind gigantische Infrastrukturinvestitionen sowie Waffen- und Raumfahrtprogramme, die zusammen mehr als 50 % des BIP ausmachen. Formal machen diese direkt aus dem Staatshaushalt finanzierten Investitionen nur etwa 14-15 % des BIP aus, der Rest sind Unternehmensinvestitionen. In der Realität jedoch steht die große Mehrheit dieser Unternehmen unter der strengen Kontrolle des Parteiapparats, was einer staatlichen Beteiligung gleichkommt. Im Gegensatz dazu macht der private Verbrauch nur etwa 7 % des BIP aus (Halizak 2016, S. 292).

In Anbetracht dessen, was oben geschrieben wurde, scheint es logisch zu sein, dass in kommunistischen Ländern, in denen der Staat seine Ausgaben mit Geld finanziert, das zu diesem Zweck geschaffen wurde, das Ausmaß, in dem der Staat die Menschen von den Ergebnissen ihrer Arbeit enteignet, durch den Anteil der Waren und Dienstleistungen für die Bevölkerung am BIP bestimmt wird. Liegt dieser Anteil wie in China beispielsweise bei 7 %, bedeutet dies, dass der Staat jedes Jahr 93 % der Ergebnisse der Arbeit der Menschen an sich reißt, um seine eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Die Menschen sind sich dieser Tatsache nicht einmal bewusst, weil sie im Prinzip keine Steuern zahlen. Die Steuern haben in diesen Ländern eher nicht-fiskalische Funktionen⁸. Daher haben die Menschen nicht das Gefühl, dass sie es sind, die den gesamten Staatsapparat unterhalten. Im Gegenteil: Jedes Mal, wenn die Nominallöhne angehoben werden, sind die Menschen davon überzeugt, dass der Staat die Ursache für ihren steigenden Lebensstandard ist. Denn bei starren staatlichen Preisen und ohne Steuern ist der Anstieg der Nominallöhne formal mit dem realen Wachstum identisch. Sie wird daher als Beweis dafür wahrgenommen, dass sich der Staat um den Lebensstandard seiner Bürger kümmert. Das einzige Problem, mit dem sie direkt konfrontiert sind, ist der ständige Mangel an lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen auf dem Markt⁹. Niemand aber bringt dies in Verbindung mit der Geldschöpfung durch den Staat, die unter diesen Umständen de facto ein Instrument zur Enteignung der Bürger von den Ergebnissen ihrer Arbeit ist.

Folglich sind sich die Bürger der kommunistischen Länder auch nicht der Tatsache bewusst, dass das von ihnen angehäuften Geld ein illusorischer Vermögenswert ist, der keinen realen Wert hat. Dies wird auch dadurch bestimmt, dass dieses gesparte Geld vom Staat geschaffen wurde, einer Einheit, die aus objektiven Gründen dem Markt keine Waren liefern kann. Die grundlegende Funktion des Geldes ist jedoch - wir wiederholen es noch einmal - die eines Garanten des reziproken Austauschs, die es nur erfüllen kann, wenn es auf Initiative einer zu solcher Reziprozität fähigen Instanz geschaffen wird. Die Wahrheit, dass der akkumulierte monetäre Reichtum nur eine Illusion von Reichtum ist, wird erst dann deutlich, wenn die Behörden aufhören, die Preise in einem bestimmten Segment des Marktes für Waren und Dienstleistungen für die Bevölkerung zu kontrollieren oder sie ganz freigeben. Dann wird der Mechanismus zur Bereinigung des Marktes vom akkumulierten Geldreichtum in Form von Inflation oder Hyperinflation sofort aktiviert. Ein gutes Beispiel dafür ist der Inflationsprozess in Polen in den Jahren 1975-1994. Sein Ausmaß, das auch das Ausmaß der Realwerdung des in diesem Zeitraum angehäuften Geldvermögens ist, wird durch die Tatsache gut veranschaulicht, dass nach einem relativen Marktgleichgewicht und einer Stabilisierung

⁸ Beispiele hierfür sind die Einkommensteuer, die nur von Privatpersonen erhoben wird, die in der Privatwirtschaft tätig sind, die Erbschafts- und Schenkungssteuer oder die so genannten Steuerzuschläge. Jede dieser Steuern ist ein typisches Instrument des Staates zur Kontrolle der Nicht-Lohn-Einkommen und der Vermögensströme zwischen den Bürgern.

⁹ Dieses typische Merkmal kommunistischer Volkswirtschaften spiegelt sich treffend im Titel von J. Kornai 1980 erschienenem Werk "Economics of shortage" wider.

der Preise die polnische Währung am 1. Januar 1995 im Verhältnis 10 000:1 denominiert wurde. Dies bedeutet natürlich nicht, daß die Menschen durch die Denominierung ihres Vermögens beraubt wurden. Dies war schon vorher durch die Inflation geschehen. Bei der Denomination wurden lediglich vier Nullen "gestrichen", die in diesen zwanzig Jahren nacheinander in Preislisten, Bankkonten und Banknoten auftauchten.

Den Gegenpol zu den hier erörterten Fragen bilden die hochentwickelten Länder mit Marktwirtschaften. Der Umfang und die Struktur des BIP sind in jedem dieser Länder offensichtlich unterschiedlich. Auch die Indikatoren, die auf diesem Aggregat basieren, sind unterschiedlich. Gemeinsam ist diesen Ländern, dass sie keine großen Probleme mit der Befriedigung der Nachfrage nach Konsumgütern haben. Das typische Phänomen ist vielmehr ein Überangebot bei der großen Mehrheit dieser Güter. Die zweite Gemeinsamkeit ist die gleiche Hauptquelle für die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben. Diese Hauptquelle sind Steuern verschiedener Art.

Formal belasten die Steuern direkt oder indirekt sowohl das Einkommen der Bevölkerung als auch verschiedene andere kollektive Einheiten, einschließlich öffentlicher Einrichtungen und Organisationen. Die Vielzahl der Steuertitel und der Besteuerungsobjekte und -subjekte schafft ein Mosaik, das den Blick auf die eigentliche und einzige Quelle der Steuereinnahmen des Staatshaushalts und der Haushalte anderer nachgeordneter staatlicher Stellen sowie der Einnahmen aller öffentlichen Fonds verstellt. Und diese einzige Quelle, aus der alle staatlichen Steuereinnahmen stammen, unabhängig von ihrer Art oder Bezeichnung, sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen, die von Menschen auf dem Markt für private Waren und Dienstleistungen erzielt werden. Dies wurde in Kapitel 8 unmissverständlich dargelegt.

Mit anderen Worten: Die Kosten für die Aufrechterhaltung des Staates werden nur von zwei Gruppen von Menschen getragen. Die erste Gruppe sind diejenigen, die persönlich oder als Eigentümer von Unternehmen Güter produzieren oder Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen. Dabei spielt weder die Rechts- und Organisationsform, in der diese Tätigkeit stattfindet, noch die Größe des Unternehmens oder der Einrichtung, deren Eigentümer oder Miteigentümer sie sind, eine Rolle. Die zweite Gruppe besteht aus den Beschäftigten in Unternehmen und Einrichtungen, die Waren und Dienstleistungen für die Bevölkerung herstellen¹⁰. Alle anderen werden von den ersteren unterhalten. Denn von ihnen stammen letztlich alle privaten Waren und Dienstleistungen, die jeder auf dem Markt kauft, unabhängig von seiner Einkommensquelle. Die Tatsache, dass Steuern von allen bezahlt werden, einschließlich aller kollektiven Einheiten, ändert nichts an dieser Wahrheit.

¹⁰ An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Arbeitnehmer bezeichnet werden, im Wesentlichen selbständige Erbringer von Dienstleistungen für ihre Arbeitgeber sind, wie in Kapitel 7 erläutert. Sie unterscheiden sich von anderen Dienstleistern nur durch die Art des Vertrags, der sie an ihren Arbeitgeber bindet.

Die Behauptung, dass der öffentliche Sektor als Ganzes und alle Anbieter öffentlicher Güter und Dienstleistungen von Teilnehmern des privaten Gütermarktes unterhalten werden, bedeutet nicht, dass die Angehörigen der erstgenannten Gruppe nicht für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Im Gegenteil, diese Personen arbeiten, und ihr Einkommen ist das Entgelt für ihre spezifischen Dienstleistungen, die sie direkt oder indirekt für den öffentlichen Sektor erbringen. Der Punkt ist jedoch, dass alles, was sie für ihre Arbeit erhalten, aus dem stammt, was der Staat direkt oder indirekt von den Menschen der ersten Gruppe nimmt. Der hier verwendete personalistische Ansatz lässt daran keinen Zweifel. Aus makroökonomischer Sicht ist dies nicht ersichtlich.

Anhand von Daten über die Größe und Struktur des BIP lässt sich nicht feststellen, wie viel von den Arbeitseffekten von den Marktteilnehmern zum Unterhalt aller anderen, also des gesamten öffentlichen Sektors, beigetragen werden muss. Weder die Daten über den Umfang der öffentlichen Ausgaben (Komponente G) noch die Daten über den Umfang des privaten Verbrauchs (Komponente C) bieten hierfür eine Grundlage. Das erste dieser Aggregate enthält Ausgaben sowohl für öffentliche als auch für private Waren und Dienstleistungen. Das zweite Aggregat enthält die Ausgaben sowohl derjenigen, die ihr Einkommen aus dem Verkauf privater Güter und Dienstleistungen beziehen, als auch derjenigen, die ihr Einkommen aus dem Verkauf öffentlicher Güter und Dienstleistungen beziehen.

Der zweite Grund, der es unmöglich macht, das tatsächliche Ausmaß der Belastung der Einkommen der Angehörigen des privaten Gütersektors durch die Kosten für die Aufrechterhaltung des Staatsapparats zu ermitteln, ist die Tatsache, dass es in marktwirtschaftlichen Ländern zwei Geldquellen gibt. Der erste ist der private Kredit und der zweite die öffentliche Verschuldung. Geld, das aus Krediten stammt, die von Banken an Privatsubjekte, d. h. an die Bevölkerung und an Unternehmen, vergeben werden, hat die Eigenschaft, dass es im Moment der Kreditvergabe in Umlauf kommt und mit der Zahlung der aufeinanderfolgenden Raten wieder verschwindet. Mit Ausnahme der in Kapitel 9 erwähnten pathologischen Fälle erfüllt das durch Bankkredite geschaffene Geld die Funktion eines Garanten für die Gegenseitigkeit des Tausches. Deshalb verschwindet es, wenn es diese Funktion erfüllt hat. Geld, das durch Staatsverschuldung geschaffen wird, hat diese Eigenschaft hingegen nicht. Das beweist die Praxis der meisten heutigen Industrieländer in der Welt, in denen die Staatsverschuldung ständig wächst. Staatsanleihen, die die Existenz dieser Schulden dokumentieren, werden als langfristige Finanzanlagen in die Vermögenswerte von Banken und allen anderen Finanzinstituten, einschließlich der Vermögenswerte von Pensionsfonds, eingebettet. Aus der Sicht der Gesamtwirtschaft haben diese Vermögenswerte keinen realen Wert. Sie sind Forderungen an den Staat, der sie nur erfüllen kann, wenn er von den Steuerzahlern die für die Rückzahlung der Anleihen erforderlichen Beträge aus deren Einkommen einzieht. Makroökonomisch gesehen handelt es sich also um Forderungen an alle Anleihegläubiger zusammengenommen für ihr eigenes zukünftiges Einkommen. Ihr Wert dokumentiert den Wert privater und öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die der Staat bereits unentgeltlich und

unwiederbringlich übernommen und zur Erreichung seiner politischen und wirtschaftlichen Ziele eingesetzt hat.

Aus den oben genannten Gründen ist das Ausmaß der tatsächlichen Belastung der Einkommen durch öffentliche Abgaben für diejenigen, die tatsächlich die Kosten der Existenz und des Funktionierens des Staates tragen, nicht bekannt. Und genau dieses Wissen würde es uns ermöglichen, das wahre Bild der Beziehungen zwischen dem Staat und den beiden unterschiedenen Gruppen von Menschen zu ermitteln. Dies ist der größte Mangel der makroökonomischen Theorie. Durch die Fokussierung auf die Volkswirtschaft verliert sie das Wesen und den Zweck dessen aus den Augen, was als wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen als Person definiert wird, und sie verzerrt das Wesen der sozialen Beziehungen, die zwischen den Menschen im Prozess der wirtschaftlichen Tätigkeit sowie zwischen den Menschen und dem Staat entstehen. Oder ist das genau der Punkt? Schließlich geht es in der Makroökonomie um die Volkswirtschaft, nicht um die Menschen.

In diesem Zusammenhang erhält der oben erwähnte keynesianische Vorschlag, dass der Staat zusätzliche öffentliche Ausgaben tätigen sollte, wenn die private Nachfrage von Verbrauchern und Investoren nicht ausreicht, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum bei Vollbeschäftigung zu gewährleisten, eine völlig neue Dimension. In einem solchen Fall stellt sich sowohl das Problem der Finanzierungsquellen für diese zusätzlichen Ausgaben als auch die Folgen der staatlichen Maßnahmen für die Akteure des privaten Gütersektors.

Beginnen wir mit dem Problem der Finanzierungsquellen. Aus formalen und politischen Gründen kommt in diesem Fall eine natürliche Quelle wie die Besteuerung nicht ins Spiel¹¹. Es bleibt nur die Möglichkeit, sich durch die Ausgabe von Staatsanleihen zu verschulden. Wo es das Gesetz erlaubt, kann die Regierung diese direkt an die Zentralbank verkaufen. Dies ist u. a. in den USA der Fall. In diesem Fall besteht die unmittelbare Wirkung der Ausgabe von Staatsanleihen in der Schaffung einer zusätzlichen Geldmenge durch die Zentralbank, die der Exekutive zur Verfügung gestellt und im Einklang mit dem Haushaltsgesetz verwendet wird. Wo das Gesetz dies nicht zulässt, z. B. in Polen, werden Staatsanleihen an in- und ausländische Unternehmen, vor allem an Finanzinstitute, verkauft. Handelt es sich bei der Emissionswährung um die Landeswährung, stammen die vom Staat aufgenommenen Mittel aus dem in dieser Währung angesammelten Sparguthaben. Werden dagegen Anleihen in ausländischer Währung ausgegeben, nutzt der Staat natürlich die vorhandenen Ersparnisse ausländischer Unternehmen, aber es wird auch zusätzliches Geld im Lande geschaffen. Im Hinblick auf die endgültigen Auswirkungen ist es daher unerheblich, ob Staatsanleihen von der inländischen Zentralbank oder von Ausländern gekauft werden. In beiden Fällen erhöht sich durch die Emission der inländische Geldumlauf. Der einzige Unterschied besteht darin, dass im letzteren Fall - anstelle von

¹¹ Es ist nicht möglich, die Steuereinnahmen des Staates in einer kurzen Zeit zu erhöhen, da die Erhöhung von Steuern oder die Einführung neuer Steuern nur im Rahmen des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens erfolgen kann.

Staatsanleihen - der Wert der Devisenreserven des Staates in den Aktiva der Zentralbank steigt. Nur wenige Menschen bringen diese Tatsache mit einem Anstieg der Staatsverschuldung in Verbindung. Die offizielle Propaganda nutzt daher die Tatsache der Zunahme der offiziellen Devisenreserven als Beweis für die Bereicherung des Staates als Ergebnis einer effektiven Wirtschaftspolitik der Regierung.

Unabhängig davon, ob die Emission von Staatsanleihen dazu führt, dass der Staat vorhandene Ersparnisse aufbraucht oder zusätzliches Geld schafft, ist die Auswirkung der Erhöhung der Staatsverschuldung letztlich die gleiche. Sie besteht darin, dass der Staat zusätzlich zu den Steuern einen Teil des Einkommens derjenigen übernimmt, die auf dem Markt für private Güter tätig sind. Der einzige Unterschied zwischen den beiden Fällen besteht darin, dass im ersten Fall die bestehenden Einnahmen übernommen werden, im zweiten Fall die zukünftigen. In beiden Fällen übernimmt der Staat jedoch sofort zusätzliche Güter und Dienstleistungen und verwendet sie im Einklang mit den aktuellen politischen Zielen. Auch in beiden Fällen ist eine teilweise oder vollständige Rückzahlung der aufgenommenen Schulden nur möglich, wenn der Staat von denjenigen, die im Sektor der privaten Güter tätig sind, zusätzlich über Steuern so viel einnimmt, wie für die Rückzahlung erforderlich ist. Die Alternative, die Staatsschulden aus den laufenden Einnahmen des Staatshaushalts bei unverändertem Steuerniveau zu tilgen, ist politisch eher unmöglich. Dies würde entsprechende Kürzungen der öffentlichen Ausgaben über den gesamten für die vollständige Rückzahlung erforderlichen Zeitraum erfordern. Angesichts des Umfangs der öffentlichen Verschuldung, die in den meisten der so genannten entwickelten Länder der Welt die Höhe ihres jährlichen BIP deutlich übersteigt, kann man jedoch getrost Diamanten gegen Nüsse setzen, dass sie niemals zurückgezahlt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Anstieg des BIP, der durch den Anstieg des durch die Staatsverschuldung finanzierten Staatsverbrauchs verursacht wird, nur insofern den Charakter eines realen Wachstums hat, als die öffentliche Hand eines bestimmten Landes kostenlos zusätzliche Waren und Dienstleistungen in dem Wert erhalten und an die verschiedenen Begünstigten des öffentlichen Sektors nach ihren eigenen Präferenzen weitergegeben hat, um den die Staatsverschuldung in diesem Zeitraum gestiegen ist. Und der Umfang dieser Verschuldung bestimmt den Wert der im Umlauf befindlichen Schuldtitel des öffentlichen Sektors, d. h. in den Portfolios ihrer Erwerber. Im Gegensatz dazu sind die Menschen im privaten Marktgütersektor nur durch den Bestand an leerem Geld "reicher", das durch diese Schulden geschaffen wurde und ihnen als Bezahlung für Waren und Dienstleistungen zugeflossen ist, die sie an die Anbieter von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen verkauft haben. Dies ist ein rein fiktives Vermögen.

Die Finanzierung der Staatsausgaben durch Staatsverschuldung hat einen weiteren Aspekt. Bevor den Regierenden ein Geschenk der Makroökonomie in Form der Theorie der Stimulierung des Wirtschaftswachstums durch die so genannte Defizitfinanzierung der öffentlichen Ausgaben (deficit spending) gemacht wurde, galt für den öffentlichen Sektor die Doktrin des Haushaltsgleichgewichts. Sie beruhte auf demselben Ansatz, der

die meisten normalen Menschen schon immer geleitet hat. Verantwortungsbewusste Menschen versuchen in der Regel, ihren Kindern ein gewisses Vermögen zu hinterlassen, um ihnen den Start in ein eigenständiges Leben zu erleichtern. Und wenn es ihnen aus verschiedenen Gründen nicht gelingt, ein solches Vermögen anzuhäufen, versuchen sie zumindest, ihren Angehörigen keine Schulden zu hinterlassen. Die Idee ist, dass jeder in erster Linie auf eigene Kosten leben und, wenn er kann, zum Wohlstand seiner Angehörigen beitragen sollte. Dank einer solchen Haltung könnten künftige Generationen ihr Leben nach ihren eigenen Kriterien gestalten und möglicherweise von dem materiellen Erbe ihrer Erblasser profitieren oder im schlimmsten Fall nicht von ihren Vorfahren finanziell belastet werden.¹²

Die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben durch Verschuldung ist eine Praxis, die den Grundsätzen, die frühere Generationen geleitet haben, völlig zuwiderläuft. Unabhängig davon, ob diese Mittel für laufende Ausgaben oder für Investitionen bestimmt sind, werden sie auf Kosten künftiger Generationen und für Zwecke ausgegeben, die für sie gewählt wurden, ohne sie um ihre Zustimmung zu bitten. Ein solcher Umgang mit dem Einkommen anderer Menschen ist absolut verwerflich. Es muss klar sein, dass jede Aufnahme von Staatsschulden zur Finanzierung von Ausgaben, die sich aus den Präferenzen der aktuellen Regierung ergeben, einer Praxis der Befriedigung der eigenen aktuellen Bedürfnisse auf Kosten künftiger Generationen gleichkommt. Und zu erklären, dass dies zu ihrem Nutzen geschieht, ist eine reine Lüge. Diese Einschätzung ist umso mehr gerechtfertigt, als es für die Bürger keine Möglichkeit gibt, ein solches Erbe wie die von ihren Vorgängern gemachten Staatsschulden abzulehnen.

11.2 Der Mechanismus eines scheinbaren Anstiegs des BIP

Neben dem realen Wachstum in dem im vorigen Abschnitt beschriebenen Sinne haben die schuldenfinanzierten öffentlichen Ausgaben einen zusätzlichen Effekt, der als scheinbarer Anstieg des BIP beschrieben werden kann. Dieser Effekt tritt in der Finanzsphäre von Unternehmen und Institutionen mit Rechtspersönlichkeit auf, die verpflichtet sind, Jahresabschlüsse über ihre Aktivitäten zu erstellen und zu veröffentlichen. Bevor der Mechanismus vorgestellt wird, muss noch einmal auf die Methodik zur Schätzung des Wertes des wichtigsten makroökonomischen Aggregats - des BIP - eingegangen werden.

Wie bereits erwähnt, werden zu diesem Zweck Modelle verwendet, die auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) basieren. Diese Methodik beruht auf der These der klassischen Wirtschaftswissenschaften, dass jede Arbeit einen neuen Wert schafft. Daher ist der Wert aller Dienstleistungen, neben anderen, im Wert des Bruttoinlandsprodukts enthalten. Dies birgt jedoch ein praktisches Problem, da der Wert einiger Dienstleistungen nicht durch Addieren des Mehrwerts in den aufeinanderfolgenden Phasen ihrer "Produktion" bestimmt werden kann, wie dies bei

¹² Das bedeutet natürlich nicht, dass es keine Fälle gab, in denen Schulden an Erben vererbt wurden. Ich glaube jedoch nicht, dass jemand eine solche Situation damals für lobenswert gehalten hätte.

materiellen Gütern der Fall ist. In diesem Fall wird also das so genannte Einkommensverfahren angewandt. Nach der Logik des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung muss die Summe des Wertes der in einer bestimmten Periode in der Volkswirtschaft produzierten Endprodukte, d. h. der Wert des BIP auf der Produktionsseite, gleich der Summe der Einkommen sein, die von den drei an diesem Prozess beteiligten Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden erzielt werden. Die Addition des Wertes der gezahlten Löhne, Gewinne, Zinsen und Pachten, einschließlich der Bodenrenten, ergibt den Wert des Volkseinkommens zu Faktorkosten¹³. Wenn es also nicht möglich ist, den Wert einer Komponente des BIP auf der Produktionsseite zu bestimmen, wird dies auf der Einkommensseite getan.

Finanzdienstleistungen sind für eine Bewertung nach der Methode der Mehrwertaggregation denkbar ungeeignet. Daher wird der Beitrag der Finanzinstitute zum BIP durch den so genannten Einkommensansatz ermittelt, d. h. durch Addition der Löhne und Gehälter sowie der Gewinne der in diesem Sektor tätigen Einheiten. Alle Finanzinstitute sind Kapitalgesellschaften mit Rechtspersönlichkeit, die meisten von ihnen sind börsennotierte Aktiengesellschaften. Sie sind daher verpflichtet, die internationalen Rechnungslegungsstandards (IAS) anzuwenden und ihre Abschlüsse gemäß den internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS 13) zu erstellen und zu veröffentlichen¹⁴. Dies wiederum hat die unten beschriebenen Auswirkungen.

Die Gründer und anderen Aktionäre einer Aktiengesellschaft erwerben Aktien, um an den Gewinnen der Gesellschaft teilzuhaben, während sie das Verlustrisiko auf den für die Aktien gezahlten oder in das Gesellschaftskapital eingebrachten Betrag beschränken. Erzielt das Unternehmen in den Folgejahren einen Gewinn, erhalten die Aktionäre in der Regel Dividenden aus dem auszuschüttenden Gewinn. Der andere Teil, die Gewinnrücklagen, erhöht dagegen das Eigenkapital des Unternehmens und damit seinen Buchwert. Dieser Wert entspricht in etwa dem Liquidationswert des Unternehmens, wobei davon ausgegangen wird, dass alle zum Unternehmen gehörenden Vermögenswerte zum aktuellen Buchwert veräußert und die Verbindlichkeiten zum Nennwert getilgt werden können.

Die Aktien vieler Unternehmen werden an der Börse zu Preisen gehandelt, die durch die Regeln der jeweiligen Börse festgelegt werden. Diese Preise schwanken ständig aufgrund der unterschiedlichen Informationen, die die Börse erhält, und unterscheiden sich fast immer von ihrer Buchbewertung. Die Aktien erfolgreicher Unternehmen werden in der Regel über dem Nennwert gehandelt und tendieren langfristig zu einem Anstieg.

¹³ Vgl. z.B. P. A. Samuelson, W.D. Nordhaus, Economics. Fourtennth Edition, 1992, S. 418, und auch P.R. Krugman, M. Obstfeld, International Economics. Theorie und Politik. Scientific Publishers PWN, Warschau 2007, T.2, S.6 und 39.

¹⁴ IFRS 13, Verordnung (EU) Nr. 1255/2012 der Kommission vom 11. Dezember 2012. Amtsblatt der Europäischen Union, 29.12.2012.

Die größten Anleger an einem Aktienmarkt sind Finanzinstitute, vor allem Investmentfonds, einschließlich Pensionsfonds, sowie Geschäfts- und Investmentbanken. Dabei handelt es sich natürlich um Kapitalgesellschaften, d.h. um Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit. Jedes dieser Institute legt einen bestimmten Teil der von seinen Kunden aufbrachten Mittel in Aktien an und wählt in der Regel die größten börsennotierten Unternehmen aus, deren Kurse in den wichtigsten Indizes der jeweiligen Börse enthalten sind, wie FTSE100, CAC40, S&P500 oder WIG20. Darüber hinaus muss jedes Unternehmen regelmäßige Abschlüsse gemäß den Anforderungen von IFRS 13 erstellen und veröffentlichen. Dies bedeutet, dass alle Vermögenswerte in der Bilanz zum so genannten Fair Value ausgewiesen werden¹⁵.

Der Fair Value von börsennotierten Aktien wird durch den aktuellen Marktpreis bestimmt. Liegt dieser Preis über dem Kaufpreis der Aktien, so ist die Differenz in den Jahresabschlüssen des Instituts, das diese Aktien hält, entweder als Gewinn aus Finanzgeschäften oder als Erhöhung des Werts seines Eigenkapitals aus der Neubewertung auszuweisen. In beiden Fällen erhöht sich dadurch der Buchwert der Einrichtung. Dies wiederum macht sie für andere Anleger attraktiver, was sich wiederum in höheren Aktienkursen niederschlagen kann.

Die meisten Investmentfonds und Versicherungsgesellschaften, aber auch Banken und andere Finanzinstitute sind Teil von Konzerngruppen des Finanzsektors. An der Spitze eines solchen Konzerns steht immer eine Muttergesellschaft, die ebenfalls eine börsennotierte Kapitalgesellschaft ist. Ihr Hauptvermögen besteht aus den Aktien ihrer Tochtergesellschaften. Als langfristige Investitionen der Muttergesellschaft sind die Aktien ihrer Tochtergesellschaften vom laufenden Handel an der Börse ausgeschlossen. Nur ein kleiner Teil wird gehandelt, der so genannte Streubesitz. Steigt jedoch der Börsenkurs dieser Aktien, muss sich dies - ceteris paribus - in einer entsprechenden Erhöhung des Buchwerts der Muttergesellschaft niederschlagen. Auf diese Weise setzt der anfängliche Impuls in Form eines Anstiegs des Börsenkurses der Aktien eines bestimmten Unternehmens unter Umständen einen Prozess in Gang, den man als Schneeballeffekt bezeichnen könnte. Doch während die Zunahme des Schneeballvolumens real ist, hat jede der nachfolgenden Wertsteigerungen der auf diese Weise miteinander verbundenen Unternehmen nur buchhalterischen ("Papier"-) Charakter. Echte Gewinne oder Verluste können nur aus dem Verkauf der gehaltenen Aktien entstehen.

Trotz des rein buchhalterischen Charakters der Neubewertungsgewinne bei Finanzanlagen, die sich physisch in keiner Weise verändern, werden sie im SNA-System wie reale (Bar-)Gewinne behandelt. Dementsprechend werden sie als Entgelt (Kosten) des Produktionsfaktors "Kapital" in den Wert des Volkseinkommens einbezogen, was zu einer entsprechenden Erhöhung dieses Einkommens führt. Je größer die "Papier"-Gewinne, desto größer das Volkseinkommen.

¹⁵ Diese Anforderung gilt für alle buchführungspflichtigen Unternehmen.

Doch das ist noch nicht alles. Gewinne werden immer als Beweis für den Markterfolg einer Wirtschaftseinheit angesehen. Und auf einen solchen Erfolg folgen in der Regel Boni und Belohnungen für das Management und nicht selten auch Lohnerhöhungen für die Mitarbeiter. Diese Praxis gilt auch für Finanzinstitute. Dies wiederum bringt nach der SNA-Methodik einen weiteren makroökonomischen Effekt in Form eines entsprechenden Anstiegs des Volkseinkommens in dem Teil, der sich auf den Produktionsfaktor "Arbeit" im Dienstleistungssektor bezieht. Der "Schneeball" des Volkseinkommens wächst also um eine weitere Schicht. Auf diese Weise wächst bei einem langfristigen Aufwärtstrend an den Börsen das Volkseinkommen zu Faktorkosten Jahr für Jahr mit aufeinanderfolgenden Schichten von Gewinnen aus der Bewertung von Finanzanlagen und steigenden Löhnen und Gehältern in den Finanzinstituten, auch wenn sich ihre Tätigkeit in der Hauptsache nicht ändert. Auf der Produktionsseite, d. h. von der BIP-Erzeugungsseite aus betrachtet, ist dies auf den Anstieg des Wertes der Dienstleistungen im Finanzsektor zurückzuführen. Bei diesem Teil handelt es sich jedoch um eine scheinbare Zunahme, hinter der nichts Reales steckt.

Nachdem wir nun die Ursachen und den Mechanismus des offensichtlichen Anstiegs des BIP kennen, können wir uns mit der Beziehung zwischen dem Anstieg der Staatsverschuldung und dem Anstieg des BIP befassen. Der Staat erhöht die Staatsverschuldung nur, um verschiedene öffentliche Ausgaben mit zusätzlichem Geld zu finanzieren. Dazu gehören natürlich auch die Investitionsausgaben, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene. Eine natürliche Folge dieser Ausgaben ist ein realer Anstieg des BIP um den Wert der vom öffentlichen Sektor zusätzlich "gekauften" Waren und Dienstleistungen. Die Verwendung von Anführungszeichen ist durch die bereits erwähnte Tatsache gerechtfertigt, dass es sich um einen kostenlosen Erwerb zusätzlicher Güter und Dienstleistungen durch den Staat gegen Bezahlung mit "leerem" Geld handelt. Dies ist jedoch nicht der einzige Effekt.

Die Durchführung von Investitionen des öffentlichen Sektors, insbesondere von Infrastrukturinvestitionen, wird in der Regel im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens an große Unternehmen vergeben. Dabei handelt es sich in der Regel um börsennotierte Kapitalgesellschaften. Nach dem Gesetz sind solche Unternehmen verpflichtet, der Börse eine Mitteilung über den Zuschlag zukommen zu lassen. Dies führt in der Regel zu einem verstärkten Interesse der Börsenanleger an den Aktien eines solchen Unternehmens und damit zu einem Anstieg des Aktienkurses. Denn es besteht die rationale Erwartung, dass sich die erfolgreiche Durchführung eines Übernahmeangebots positiv auf das Unternehmensergebnis auswirken wird. Ähnliche Erwartungen werden auch bei den Vertragspartnern des Unternehmens, das die Ausschreibung gewonnen hat, sowie bei den Finanzinstituten, die eine solche Investition finanzieren, geweckt. Infolgedessen kaufen auch die Anleger an der Börse Aktien dieser Unternehmen und Institutionen, und deren Aktienkurse steigen ebenfalls. Diese Erhöhungen sind durch die Ergebnisse der so genannten Fundamentalanalyse gerechtfertigt. Sie basiert auf einer kalten Berechnung der Gewinne und Risiken des analysierten Unternehmens auf der Grundlage der verfügbaren Daten über seine

finanzielle Situation und der bekannten Mechanismen der Geschäftstätigkeit unter den gegebenen sozioökonomischen und rechtlichen Bedingungen. Würden nur diese Faktoren berücksichtigt, müsste der Börsenkurs des Unternehmens, das den Zuschlag für eine Ausschreibung von Lieferungen oder Arbeiten für den öffentlichen Sektor erhalten hat, sowie der mit ihm zusammenarbeitenden Unternehmen bis zu einem gewissen Grad steigen und dann auf diesem neuen Niveau bleiben, das sich aus seinen "Fundamenten" ergibt.

An den Börsen gelten jedoch etwas andere Regeln, da die Mehrzahl der dort abgeschlossenen Geschäfte rein spekulativ ist. Für diese Gruppe von Börsenanlegern sind die "Fundamente" der Unternehmen von geringerer Bedeutung, und was zählt, sind die Hinweise aus der so genannten technischen Analyse. Das wichtigste Prinzip bei dieser Analyse ist der Slogan "Spiel mit dem Trend". Nach diesem Prinzip sollten Aktien eines Unternehmens, deren Kurs sich in einem Aufwärtstrend befindet, so lange gehalten werden, bis sich ein Abwärtstrend abzeichnet. Ohne auf die Analyse der dort ablaufenden Prozesse näher einzugehen, genügt die Feststellung, dass das Verhalten der Börsenspekulanten weitgehend Herdenverhalten ist. Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass die meisten von ihnen dieselben Instrumente der technischen Analyse und oft ähnliche Computeralgorithmen verwenden, um die so genannten offenen Long- oder Short-Positionen in diesen Finanzinstrumenten automatisch zu öffnen und zu schließen. Solche Aktionen führen häufig dazu, dass die Aktienkurse auf Niveaus steigen, die nicht immer mit ihren "Fundamenten" übereinstimmen und sowohl nach unten als auch nach oben abweichen. Dies wird durch einen der Börsenindikatoren, das Kurs-Buchwert-Verhältnis (P/BV), veranschaulicht.

Der Buchwert der Aktien eines Unternehmens ist natürlich nicht dasselbe wie sein "fundamentaler Wert", aber die Tatsache, dass es Unternehmen mit sogar zweistelligen Kurs-Gewinn-Verhältnissen gibt, zeigt, wie sehr die Marktbewertung solcher Aktien in einem bestimmten Zeitraum gestiegen ist. Es folgten jährliche Neubewertungsgewinne in den Bilanzen der so genannten strategischen Investoren, für die solche Aktien langfristige Investitionen sind, wie es die oben genannten internationalen Rechnungslegungsstandards verlangen. Wenn also Informationen über Ausschreibungen, die bestimmte Unternehmen für Lieferungen und Dienstleistungen für den öffentlichen Sektor gewonnen haben, an die Börse gelangen, löst dies den oben beschriebenen Prozess des Anstiegs des Börsenwerts der Aktien der betreffenden Unternehmen aus, und dieser Anstieg schlägt sich entsprechend dem oben beschriebenen Mechanismus in einem fiktiven Anstieg des BIP nieder.

Der Mechanismus des BIP-Wachstums, das durch die Geldschöpfung infolge der Staatsverschuldung angekurbelt wird, führt letztlich dazu, dass die offiziellen Daten ein progressives Wirtschaftswachstum anzeigen, während die große Mehrheit der Menschen selbst keine Anzeichen dieses Wachstums sieht. Der erste Grund für das Gefühl des "Ausgeschlossenseins" von den Auswirkungen des Wirtschaftswachstums ist die Tatsache, dass ein Teil dieses Wachstums aus den oben beschriebenen Gründen nur scheinbar (buchhalterisch) ist und daher weder für diejenigen, die Aktien in ihrem

Portfolio haben, noch für diejenigen, die überhaupt keine Aktien besitzen, reale Einkommen erzeugt. Der zweite Grund ist jedoch die Tatsache, dass der Teil des BIP-Wachstums, der real ist, weil er durch vermehrte Käufe von Waren und Dienstleistungen durch den Staat verursacht wurde, nur Anbieter des öffentlichen Sektors betrifft. Ihnen fließt ein zusätzlicher Einkommensstrom aus der Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zu, für den sie die von ihnen benötigten privaten Güter und Dienstleistungen kaufen können. Aus ihrer Sicht finden die Transaktionen mit dem öffentlichen Sektor nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit des Austauschs statt, auch wenn die Zahlung in "leerem" Geld erfolgt. Dies gilt natürlich nur für den Teil des Einkommens, der auf diese Weise verwendet wird. Das gesparte Einkommen erhöht den Bestand an fiktivem Vermögen.

Das Problem ist jedoch, dass der Teil des "leeren" Geldes, der für den Bedarf der Anbieter öffentlicher Güter und Dienstleistungen ausgegeben wird, schließlich im Sektor der privaten Marktgüter landet¹⁶ und dort in Form von Bargeld und bargeldlosen Mitteln der Bevölkerung, der Unternehmen und der Finanz- und Nichtfinanzinstitute akkumuliert wird, wodurch ihr fiktiver Reichtum vergrößert wird. So erhöhen letztlich alle zusätzlichen Ausgaben des Staates, die mit dem zu diesem Zweck geschaffenen Geld finanziert werden, die Ressourcen des fiktiven Reichtums der Bürger. Das Schlimmste ist, dass in der Geldmasse, die sich im Besitz dieser Einheiten befindet und von ihnen für Abrechnungen verwendet wird, d.h. dem Geld sensu stricto, das in der Statistik als M1 bezeichnet wird, nicht anzugeben ist, welche Mittel im Prozess der Kreditvergabe an Einheiten der realen Sphäre und welche als Folge der Staatsverschuldung geschaffen wurden.

Es ist also vergleichbar mit dem Fall, dass ein Fälscher perfekt gefälschte Banknoten in Umlauf bringt, die niemand von den echten unterscheiden kann und die im Wirtschaftssystem gleichberechtigt mit den legalen Banknoten in Umlauf kommen. Im Falle von Fälschungen wird wohl niemand bezweifeln, dass die Handlung des Fälschers unmoralisch ist und eine schwere Strafe verdient. Es ist auch niemand geneigt, Fälschungen damit zu rechtfertigen, dass solche "Fälschungen" die Funktionen des Geldes perfekt erfüllen und niemand dies bemerkt hat. Denn das objektive Übel besteht darin, dass der Fälscher sich durch Betrug eine Ware auf dem Markt verschafft hat, für die er unter dem Deckmantel einer freiwilligen Transaktion eine wertlose Attrappe abgegeben hat, wodurch er das zweite Prinzip des Marktes, das der Gegenseitigkeit, auf betrügerische Weise verletzt hat. Die gleiche betrügerische Verletzung des Prinzips der Gegenseitigkeit findet statt, wenn staatlich geschaffenes Geld in Umlauf kommt. Der einzige Unterschied zwischen einer solchen Operation und einer Fälschung besteht darin, dass sie im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit durchgeführt wird. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass es sich bei dem Geld genauso um einen Scheinwert handelt wie bei Falschgeld.

¹⁶ Es sei daran erinnert, dass ohne private Güter und Dienstleistungen keine öffentlichen Güter und Dienstleistungen geschaffen werden können.

Einem solchen Ansatz könnte vorgeworfen werden, dass er die Beziehung zwischen dem Fälscher und dem Rest der Gesellschaft nicht von der Beziehung zwischen dem Staat und seinen Bürgern unterscheidet. Erstere ist eine Beziehung zwischen Menschen und anderen Menschen, die sich aus Transaktionen zwischen gleichberechtigten Vertragspartnern ergibt. Die Einhaltung des Prinzips der Freiwilligkeit und Gegenseitigkeit ist in diesem Fall einer der konstitutiven Faktoren der sozialen Ordnung in diesem Bereich. Deshalb müssen Handlungen, die gegen diese Ordnung verstoßen, wie z. B. das Fälschen von Geld, unter Strafe gestellt werden. Andererseits ist die Beziehung zwischen Staat und Bürger diejenige, die die wichtigste aller sozialen Institutionen mit ihren Mitgliedern verbindet. Diese Beziehung beruht per definitionem auf dem Prinzip des Zwangs und schließt das Prinzip der Gegenseitigkeit aus. Dies wiederum könnte als ein Faktor angesehen werden, der die Schaffung von leerem Geld rechtfertigt, da es dem Staat ermöglicht, Aufgaben zu erfüllen, die dem Gemeinwohl seiner Bürger dienen.

Leider kann ein solch idealistisches Bild des Staates, der für das Gemeinwohl handelt, in keinem Modell, in dem er ein Subjekt ist, verteidigt werden, solange die Prinzipien und die Disziplin der wissenschaftlichen Argumentation befolgt werden. Der einzige Fall eines Staates, der einem solchen Ideal nahe kommt, ist paradoxerweise das in Kapitel 8 vorgestellte Modell des staatslosen Staates, in dem die einzige Aufgabe der Rechtsordnung darin besteht, die Freiheit der menschlichen Person als Individuum maximal zu schützen. Aus diesem Grund ist die einzige Form des Einflusses des staatlichen Rechts das Verbot von Handlungen, die in irgendeiner Weise die Lebensqualität anderer beeinträchtigen, verbunden mit der Bestrafung ihrer Verletzung. Abgesehen von der Nötigung derjenigen, die gegen das Verbot verstoßen, und dem Zwang, eine Kopfsteuer zu zahlen, ist in diesem Modell kein Platz für irgendeine andere Form der Nötigung unter irgendeinem Rechtstitel. Die Wirkung eines Handelns zum Wohle von zwei, tausend oder einer Million Menschen ist nur dann ein echtes Gemeinwohl, wenn es ohne Schaden für diejenigen erreicht wird, die nicht davon profitieren. Jede andere Lösung als das Modell des staatslosen Staates kann hingegen nur funktionieren, wenn sie auf Zwang beruht, d. h. auf der Verletzung der Grundfreiheiten, die sich aus dem natürlichen Recht auf Leben und dem natürlichen Recht auf Eigentum an den Ergebnissen der eigenen Arbeit ergeben. Das so genannte Gemeinwohl ist in einem solchen Fall nichts weiter als eine leere Floskel, die das Handeln der Machthaber rechtfertigen soll, die ihre eigenen Ziele auf Kosten der Regierten erreichen wollen, ohne deren Zustimmung einzuholen. Die Grenze, ab der das Gemeinwohl beginnt und die es rechtfertigt, seine Kosten anderen aufzubürden, wird in einem solchen Fall irgendwo durch die willkürliche Entscheidung der Machthaber gezogen.

Es wäre natürlich naiv zu glauben, dass das Modell des staatslosen Staates jemals auf der Erde existieren wird. Dies ist jedoch irrelevant für die Richtigkeit der Schlussfolgerungen, die sich aus der Analyse eines solchen Modells ergeben, wenn man es mit dem konfrontiert, was in der Realität geschieht.

Am Ende dieses Fadens sollte klargestellt werden, dass solange die Bürger dem zustimmen, der Staat, oder genauer gesagt die Herrscher, die in seinem Namen handeln, das Recht haben, kostenlos und unter Zwang jeden großen Teil des Einkommens oder Vermögens der Bürger dieses Staates zu beschlagnahmen. In extremen Fällen kann es sogar alles sein. In einem solchen Fall kann man von einer Art Gesellschaftsvertrag sprechen. Nur dass der Kern dieses Vertrages in der folgenden Erklärung enthalten sein könnte: "Als Gegenleistung für Frieden und Sicherheit und einen materiellen Status quo stimmen wir vorläufig stillschweigend Ihrer Machtausübung und den damit verbundenen Belastungen zu". Wenn die Regierenden also eine willkürlich hohe Steuerlast zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben erheben, handeln sie eigentlich ehrlich. Denn sie üben ihre Vorrechte aus, und die Tatsache, dass die Bürger nichts unternehmen, um sich zu verteidigen, zeigt, dass sie diese Art von "Gesellschaftsvertrag" akzeptieren und sie für besser halten als die Alternative. Außerdem geschieht dies alles auf der Grundlage der Gegenseitigkeit des Marktaustauschs. Dies liegt daran, dass der Staat dann durch Besteuerung einen Teil des Einkommens der Bürger, d.h. einen Teil der von ihnen auf dem Markt erworbenen Rechte auf ein Äquivalent in Waren, übernimmt und diese Rechte für seine eigenen Zwecke verwendet.

Wenn der Staat hingegen Geld schafft, um damit die Ergebnisse der Arbeit seiner Bürger zu "kaufen", ist er in zweifacher Hinsicht unehrlich. Erstens gibt er wie der Fälscher vor, in einem solchen Fall das Prinzip der Gegenseitigkeit des Marktaustauschs zu beachten, d. h. den monetären Gegenwert seiner eigenen Dienstleistungen und Waren zu geben, während er in Wirklichkeit auf betrügerische Weise zusätzliche Waren und Dienstleistungen ohne Gegenwert von ihnen nimmt. Zweitens: Wenn die negativen Auswirkungen solcher Fälschungen eintreten, wird die Verantwortung dafür nicht den Verursachern zugeschrieben.

Diese negativen Folgen der staatlichen Leergeldschöpfung sind Inflation und Finanzkrisen. Ersteres führt zu einer kontinuierlichen Verringerung der Kaufkraft des Geldes und beraubt die Geldbesitzer damit ihres Rechts auf einen Gegenwert für die von ihnen verkauften Waren und Dienstleistungen. Je höher die Inflationsrate ist, desto schneller erfolgt die Enteignung. Finanzkrisen hingegen bewirken das Gleiche in einem kürzeren Zeitraum. In jeder Krise fallen die Preise von Finanzanlagen und manchmal auch die Immobilienpreise innerhalb kürzester Zeit um mehrere Dutzend Prozent. Auf diese Weise "verschwindet" real ein Teil der Kaufkraft, die unter Verletzung des Gegenseitigkeitsprinzips geschaffen wurde, weil sie aus leerem Geld stammt. Nominell bleibt das Geld natürlich im Umlauf, aber unter dem Gesichtspunkt des Gegenseitigkeitsprinzips erhält jemand, der für einen bestimmten Betrag beispielsweise eine ganze Woche lang gearbeitet hat und sein Einkommen nicht sofort ausgibt, sondern spart, um zum Beispiel seine künftige Rente aufzubessern, später für diesen gesparten Betrag den Gegenwert einer Stunde derselben Arbeit in Waren.

Bislang endeten alle globalen Finanzkrisen mit einem Preisrückgang von mehreren Dutzend Prozent bei Finanzinstrumenten, die von privaten Unternehmen ausgegeben

wurden, vor allem bei Aktien und darauf basierenden Instrumenten, Anleihen und manchmal auch Immobilien. Auf Staatsanleihen wirkten sie sich jedoch nicht in besonderem Maße aus. Das liegt daran, dass sich der Mythos, ein Land könne nicht bankrott gehen, hartnäckig hält. Dass dies jedoch nicht der Fall ist, zeigen einzelne Fälle von Schuldenkrisen in bestimmten Ländern. Obwohl sie nicht im wörtlichen Sinne bankrott gegangen sind, da die offiziellen Gläubiger dieser Länder Schuldenerleichterungen von mehreren Dutzend Prozent zugestimmt haben, beweist allein diese Tatsache die Richtigkeit der oben erwähnten These über die Auswirkungen der Schöpfung von leerem Geld durch den Staat. Der endgültige Beweis wird die globale Finanzkrise auf den Märkten für Staatsanleihen sein, die ausbrechen wird, wenn das Finanz-Engineering nicht mehr in der Lage sein wird, die Tatsache zu verbergen, dass die öffentlichen Schulden aller entwickelten Länder der Welt, die den Jahreswert ihres BIP deutlich übersteigen, in keiner Weise rückzahlbar sind und niemand die Papiere einer Neuemission kaufen will.

11.4 Ursachen und Folgen des Trugschlusses

Die oben beschriebenen Probleme sind ein starkes Argument für die These, dass eine Theorie, die makroökonomische Aggregate wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP), den Gesamtverbrauch, die Gesamtinvestitionen, die Gesamtnachfrage und die damit verbundenen marginalen Konsum- und Sparneigungen verwendet, die sozioökonomische Realität eher verfälscht als beschreibt. Diejenigen, die ihr Handeln auf diese Theorie stützen, scheinen sich dessen jedoch nicht bewusst zu sein. Gelegentlich wird nur erwähnt, dass das BIP nicht den Wert aller Waren und Dienstleistungen enthält, insbesondere derjenigen, die in der so genannten grauen oder schwarzen Wirtschaft gehandelt werden, sowie der für den Eigenverbrauch produzierten Waren. Ein weiterer Einwand, der seit einiger Zeit unter dem Einfluss der feministischen Bewegungen erhoben wird, ist, dass dieses Aggregat den Wert der "unbezahlten" Arbeit von Frauen nicht berücksichtigt¹⁷. Andererseits versucht niemand, das Konzept des BIP als Maß für den Wohlstand und als Determinante für die wirtschaftliche Entwicklung in Frage zu stellen.

Der Hauptgrund für das Fehlen von Reflexion darüber, was wirklich hinter dem mit dem Akronym BIP bezeichneten Aggregat steckt, ist, so scheint es, der in der Makroökonomie vorherrschende Ansatz, den man als holistischen Ansatz bezeichnen könnte. Bei diesem Ansatz wird die Volkswirtschaft als ein einziger wirtschaftlicher Organismus betrachtet, ähnlich wie ein lebender Organismus. Es wird stillschweigend davon ausgegangen, dass dieser Organismus seine Produktivkräfte und Faktorressourcen aktiviert, um möglichst viele Waren und Dienstleistungen zu

¹⁷ Ein von OXFAM im Januar 2019 veröffentlichter Bericht enthielt eine solche Aussage: "Wenn die gesamte unbezahlte Pflegearbeit, die von Frauen auf der ganzen Welt geleistet wird, von einem einzigen Unternehmen geleistet würde, hätte dieses einen Jahresumsatz von 10 Billionen Dollar²⁷ - das ist 43 Mal so viel wie Apple. Abgerufen von: Public good or private wealth - Oxfam 2019 - Full Report.pdf, S. 12, von <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/620599/bp-public-good-or-private-wealth-210119-en.pdf>. Zugriff am 23. Mai 2019.

produzieren und für seinen Bedarf zu konsumieren. Welcher Anteil dieser Güter und Dienstleistungen in den einzelnen Organen dieses Organismus landet, ist bei diesem Ansatz von geringer Bedeutung. In einem lebenden Organismus wird die Versorgung der einzelnen Organe durch das vegetative System sichergestellt, das kein Eingreifen des Bewusstseins erfordert. Im wirtschaftlichen Organismus werden analoge Funktionen von den Marktkräften wahrgenommen. Im lebenden Organismus steuert das somatische System, das Gehirn, die Aktionen des gesamten Organismus und seine Beziehungen zur Umwelt. Das Gehirn mischt sich nur dann in die inneren Angelegenheiten des Organismus ein, wenn es feststellt, dass eines seiner Organe krank ist und nicht so funktioniert, wie es sollte. Ähnlich verhält sich der Staat im wirtschaftlichen Organismus. Er sorgt dafür, dass der gesamte Organismus so viele Waren und Dienstleistungen wie möglich produziert und größer und leistungsfähiger wird. Das liegt daran, dass es dann leichter mit der Umwelt zurechtkommt. Er greift nur dann in interne Angelegenheiten ein, wenn er zu dem Schluss kommt, dass die Marktkräfte die Effizienz eines seiner Organe nicht gewährleisten und seine Entwicklung verlangsamen, und dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Dinge in Ordnung zu bringen.

Die logische Konsequenz eines solchen Ansatzes ist daher, dass Mainstream-Ökonomen die beste Theorie für das Wachstum der Volkswirtschaft als Ganzes suchen¹⁸. Der mechanistische Ansatz für diese Entwicklung, der in verschiedenen Formen der makroökonomischen Produktionsfunktion vom Typ Cobb-Gouglas zum Ausdruck kommt, liefert einfache Hinweise: Je mehr Menschen beschäftigt sind und je besser die Produktionsfaktoren eingesetzt werden, desto höher ist die wirtschaftliche Wachstumsrate. Daher sollte alles getan werden, um so viele Arbeitsplätze wie möglich zu schaffen und das Produktionspotenzial der Wirtschaft so weit wie möglich auszuschöpfen, denn dann wird das Wohlstandsniveau, gemessen am Wert des Pro-Kopf-BIP, steigen. Der innere Gehalt dessen, was das BIP unter verschiedenen politischen und sozioökonomischen Bedingungen darstellt, ist für niemanden von Interesse.

Unter diesen Umständen scheint die Tatsache, dass das BIP nicht korrekt widerspiegelt, was im Inneren des wirtschaftlichen Organismus vor sich geht, nicht von großer Bedeutung zu sein. Ein holistischer Ansatz zur Wirtschaft geht davon aus, dass Menschen wie einzelne Organe eines lebenden Organismus oder Elemente eines künstlichen Systems behandelt werden können. Und wenn die Tätigkeit eines jeden Organs dem Ziel untergeordnet ist, den gesamten Organismus am Leben zu erhalten und dafür zu sorgen, dass er seine Ziele erreichen kann, dann gilt dies analog auch für die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen. Ihre Bedürfnisse sind, wie die physiologischen Bedürfnisse der Organe eines lebenden Organismus, nur insofern wichtig, als sie die Möglichkeit der Existenz und des Funktionierens des gesamten Organismus bedingen.

¹⁸ A. Noga zählte in einem seiner Unterrichtsmaterialien insgesamt 12 Schulen der Makroökonomie. Quelle: <https://www.adam-noga.pl/publikacje/wsp%C3%B3lczesne-szko%C5%82y-w-makroekonomii>. Zugriff am 21. Mai 2019

Die Logik dieses Ansatzes ist jedoch nur scheinbar und relativ leicht zu bezweifeln. In einem lebenden Organismus hat jedes seiner Organe eine andere Funktion als die anderen, und alle zusammen sind physiologisch einem vorrangigen Ziel untergeordnet, nämlich dem Funktionieren des gesamten Systems entsprechend seiner Bestimmung. Dasselbe gilt für jedes künstliche System, das aus vielen interagierenden Komponenten besteht, wie z. B. eine Uhr, ein Auto, ein Kraftwerk oder ein Raumschiff. Keiner dieser Bestandteile kann entweder unabhängig außerhalb des Systems funktionieren oder ohne die anderen Bestandteile innerhalb des Systems zu interagieren, oder - noch weniger - das System absichtlich auf eine Weise benachteiligen, die es daran hindert, die Funktion zu erfüllen, für die es geschaffen wurde.

In einem Wirtschaftssystem ist das völlig anders. Die Elemente dieses Systems sind lebende Menschen, autonome Individuen, die ausnahmslos alle über Vernunft und Willen verfügen und diese auch immer einsetzen. Jeder Mensch, auch wenn er normalerweise in einem sozialen Umfeld lebt, ist in der Lage, sowohl innerhalb als auch außerhalb des wirtschaftlichen Organismus zu leben und zu funktionieren. Im ersten Fall hängen seine Handlungen jedoch nicht unbedingt davon ab, was die anderen Mitglieder tun, oder vom Zustand dieses Organismus. Diese Faktoren sind für jeden Menschen nur eines der objektiven Elemente des Zustands der Umwelt, in der er sich befindet. Diese Bedingung sollte bei der Entscheidung über das Ziel, das sich eine Person setzt, und die Art und Weise des Verhaltens, die zu diesem Ziel führt, berücksichtigt werden. Ein solches Ziel muss jedoch in keinem Zusammenhang mit den Zielen anderer in der unmittelbaren oder fernen Umgebung stehen. Es kann sogar völlig widersprüchlich zu ihnen sein. Wenn Menschen jedoch in irgendeiner Form mit anderen kooperieren oder zusammenarbeiten, tun sie dies nur, um ihre eigenen Ziele leichter zu erreichen.

Es gibt kein gemeinsames Ziel für die Existenz und das Funktionieren eines wirtschaftlichen Organismus, solange dieser Organismus nicht die Form eines separaten Staates annimmt. Dann jedoch wird ein solches Ziel von einer Person oder einer Gruppe von Personen formuliert, die Macht ausüben, und es anderen mit Hilfe von rechtlichem Zwang aufzwingen, wie in Abschnitt 10.3 erläutert. Die Tatsache, dass die Mehrheit der Menschen bereit ist, die ihnen zugewiesene Rolle in einem solchen Fall zu spielen, bedeutet jedoch nicht, dass alle damit einverstanden sind. Unabhängig von der Zahl der Menschen, die die verfolgte Politik ablehnen, und unabhängig vom Grad und der Form ihrer Opposition oder ihrer bloßen Missbilligung dieser "gemeinsamen Ziele", ist die Existenz solcher Menschen der unumstößliche Beweis dafür, dass jedes dieser "Elemente" des Wirtschaftssystems, nämlich der Mensch, völlig autonom und unabhängig von diesem System ist. Darüber hinaus kann sich ein solches "Element" unter bestimmten Umständen ganz bewusst gegen das erklärte Ziel dieses Systems stellen und Handlungen vornehmen, die diesem System schaden. Keines der Organe eines lebenden Organismus, geschweige denn ein künstliches System, hat solche Eigenschaften. Dies veranlasst uns, den Holismus als Erklärungsansatz für

wirtschaftliche Phänomene in einer auf Privateigentum und dem Prinzip des freiwilligen und gegenseitigen Austauschs basierenden Marktwirtschaft abzulehnen.

Der holistische Ansatz kann nur in Bezug auf eine auf Sklaverei basierende Wirtschaft oder in Bezug auf eine kommunistische Wirtschaft, in der es überhaupt kein Privateigentum gibt und in der der Herrscher entscheidet, wie und in welchem Umfang die Bedürfnisse seiner Untertanen erfüllt werden, angemessen sein. Dann kann das Hauptziel in der Tat die maximale Wachstumsrate des BIP sein, die nur durch die Technologie, den Bestand an produktivem Kapital und den Auslastungsgrad (Ausbeutung) der Arbeitskraft bestimmt wird. Das formale Gleichgewicht wird unter solchen Bedingungen durch ein Verteilungssystem gewährleistet, z. B. durch ein Kartensystem ohne Geld oder ein offizielles Preis- und Lohnsystem und einen zentralen Bargeldplan, der eine angemessene Geldmenge bereitstellt. Hat aber ein solches System überhaupt einen Bezug zur tatsächlichen Größe und Struktur der Bedürfnisse der Menschen oder zu ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit? Für die Machthaber in diesen Staaten hat das natürlich keine Bedeutung. Zumindest bis die Untertanen zu revoltieren beginnen.

Nach der Ablehnung des holistischen Ansatzes für wirtschaftliche Mechanismen soll nun erläutert werden, warum das Konzept des BIP die Realität eher verfälscht als erklärt. Diese Gründe liegen in der von Aristoteles vorgenommenen Trennung zwischen der Sphäre des menschlichen Handelns als Händler und der als Konsument sowie in den unterschiedlichen Zielen, die jeder dieser Rollen zugewiesen werden. Aristoteles vertrat die Auffassung, dass der Händler aus Gewinnstreben handelt und dass diejenigen, die bei ihm kaufen, dies tun, um ihre menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Auf diese Weise entstand die Unterteilung der Wirtschaftssubjekte in zwei verschiedene Kategorien, die auch heute noch in der Wirtschaftswissenschaft verwendet wird: die Haushalte, d. h. die Konsumenten von Endprodukten, und die Unternehmen, die sowohl Zwischen- als auch Endprodukte herstellen.

Diese Einteilung wurde zu einer der Grundlagen der makroökonomischen Theorie. Der Vater der Makroökonomie, J.M. Keynes, geht bei der Entwicklung seiner Theorie vom Wert der vom Produzenten verkauften Produktion aus und definiert auf dieser Grundlage die folgenden makroökonomischen Größen: das Gesamteinkommen (Y), den Gesamtverbrauch (C), die Gesamtinvestitionen (I) und die Gesamtersparnis (S). Der nächste Schritt besteht darin, von den Tautologien $Y=C+I$ und $Y=C+S$ zu funktionalen Beziehungen zwischen diesen Aggregaten überzugehen, in denen die marginale Konsumneigung $c=\Delta C/\Delta Y$ und - ihr Komplement zur Einheit - die marginale Sparneigung $s=\Delta S/\Delta Y$ eine wichtige Rolle spielen. Der Wert der marginalen Konsumneigung c bestimmt, um wie viel das Gesamteinkommen Y steigt, wenn die autonomen Investitionsausgaben (I) um eine Einheit steigen. In der einfachsten Version der Multiplikatortheorie des Wachstums ist $\Delta Y = 1/s \cdot \Delta I$.

Seit Keynes wurden natürlich viele Modifikationen an seiner Theorie vorgenommen, einschließlich der Multiplikatortheorie, und niemand behauptet heute, dass der

Investitionsmultiplikator 10 beträgt, wenn die Haushalte beispielsweise 10 % ihres zusätzlichen Einkommens sparen ($s=0,1$). Doch dies ist nicht der Punkt. Das eigentliche Problem liegt - wie oben erwähnt - in der Aufteilung der Wirtschaft in die Sphäre des Konsums und des Sparens und die Sphäre der Produktion und der Investition. Und die Einteilung in diese beiden Bereiche entscheidet darüber, ob die Theorie von Keynes formal korrekt ist oder nicht.

Keynes äußert sich zu diesem Thema folgendermaßen (Keynes 1936, S. 61-62): "Jeder Zweifel an der Bedeutung des Sparens muss also aus Zweifeln an der Bedeutung des Einkommens oder des Konsums erwachsen. Das Einkommen haben wir oben definiert. Die Konsumausgaben in einer Periode müssen den Wert der in dieser Periode an die Verbraucher verkauften Waren bedeuten, was uns auf die Frage zurückwirft, was unter einem Verbraucher-Käufer zu verstehen ist. Jede vernünftige Definition der Grenze zwischen Käufern, die Verbraucher sind, und Käufern, die Investoren sind, wird uns gleichermaßen helfen, vorausgesetzt, sie wird konsequent angewendet. Die Frage, ob es richtig ist, den Kauf eines Autos als Verbraucherkauf und den Kauf eines Hauses als Investorenkauf zu betrachten, ist schon oft diskutiert worden, und ich habe der Diskussion nichts Wesentliches hinzuzufügen. Das Kriterium muss natürlich dem entsprechen, wo wir die Grenze zwischen dem Verbraucher und dem Unternehmer ziehen." Und er fügt weiter hinzu (S.63): "Somit führt jede Reihe von Definitionen, die die oben genannten Bedingungen erfüllen, zu demselben Ergebnis. Nur wenn man die Gültigkeit der einen oder anderen Definition leugnet, kann man diese Schlussfolgerung vermeiden."

Nun, ich werde von Keynes' Vorbehalt Gebrauch machen und die Gültigkeit der Definition von Konsum und Investition, die er in seinem Werk gab, verneinen. Denn Keynes hat in der Tat keine gegeben. Die nonchalante Behauptung, dass jede beliebige Definition der Grenze zwischen Käufer-Verbraucher und Käufer-Investor gleichermaßen nützlich sein kann, sofern sie konsequent angewandt wird, beleidigt die Seriosität der Wissenschaft. Würde eine solche "wissenschaftliche" Definitionsmethode z. B. in der Zoologie und Anthropologie angewandt, dann würde die Annahme und konsequente Anwendung der Anzahl der Beine als Unterscheidungskriterium dazu führen, dass alle zweibeinigen Lebewesen als Menschen betrachtet werden könnten.

Das Fehlen eines eindeutigen Kriteriums zur Unterscheidung zwischen Konsumenten und Investoren ist daher der erste Grund, warum die makroökonomische Theorie des Wirtschaftswachstums, die auf dem keynesianischen Konzept des globalen Einkommens und seiner Komponenten beruht, fehlerhaft ist und das Bild der wirtschaftlichen Realität verfälscht. In der Tat lässt sich kein solches Kriterium finden. Es kann nicht die Art der Ware sein, da es, wie Keynes zu Recht feststellt, unmöglich ist, zu entscheiden, ob der Kauf einer Sache eine Investition oder ein Konsum ist. Das Unterscheidungskriterium kann auch nicht die Person des Käufers sein, da - abgesehen von dem offensichtlichen Fall der so genannten juristischen Personen, die sicherlich keine Verbraucher im engeren Sinne sind - alle natürlichen Personen Verbraucher sind,

unabhängig davon, ob sie in ihrem Berufsleben die Rolle von Produzenten, Arbeitnehmern oder Ausführenden von so genannten freien Berufen spielen.

In Ermangelung eines eindeutigen Kriteriums bleibt nur die Willkür, eine bestimmte Kategorie von Käufern als Produzenten oder Verbraucher zu betrachten. Dies ist bei der Betrachtung des aktuellen Wertes des Gesamteinkommens und seiner Verteilung auf Konsum und Investitionen von geringer Bedeutung, da dies keinen Einfluss auf die Höhe des Einkommens hat. Es wird jedoch wichtig, wenn wir uns der Theorie des Wirtschaftswachstums zuwenden, die den Mechanismus und die Faktoren des Wachstums des Gesamteinkommens erklären soll.

Wir wollen die Auswirkungen eines solchen keynesianischen theoretischen Ansatzes an einem vereinfachten Modell einer geschlossenen Wirtschaft ohne staatliche Beteiligung demonstrieren. Nehmen wir an, dass das BIP, das moderne Äquivalent des keynesianischen Welteinkommens, in zwei Ländern mit ähnlicher Größe und sozioökonomischer Struktur 100 Geldeinheiten (GE) beträgt. Nehmen wir weiter an, dass es in beiden Ländern eine ähnliche Anzahl von Architekten gibt, die jeweils 10 GE für ihre verschiedenen Bedürfnisse ausgeben, und dass in beiden Ländern die Kapitalgesellschaften, also die Nicht-Konsumenten, jeweils 20 GE für ihre Bedürfnisse ausgeben. Der Rest der derzeitigen Produktion wird von "normalen" Menschen gekauft. Die Länder unterscheiden sich nur darin, dass in ersterem die Architekten konsequent als Unternehmer, in letzterem als Haushalte gezählt werden. Nehmen wir schließlich an, dass die Anteile der BIP-Verteilung in den beiden Ländern über einen langen Zeitraum hinweg unverändert bleiben, so dass die marginale Konsumneigung und die marginale Sparneigung jeweils ihren langfristigen Durchschnittswerten entsprechen.

Unter diesen Annahmen unterliegt nach dem makroökonomischen Ansatz der aktuelle Wert des BIP - d. h. das keynesianische Gesamteinkommen Y - einer Verteilung zwischen Konsum C und Investitionen I wie folgt:

In Land A: $C = 70$, $I = 30$,

Im Land B: $C = 80$, $I = 20$.

Aus der Definition der Ersparnis, $S = Y - C$, ergibt sich, dass sie in Land A 30 und in Land B 20 beträgt. Somit ist die marginale Konsumneigung c in Land A 0,7 und in Land B 0,8, und die marginale Sparneigung s beträgt 0,3 bzw. 0,2.

Wenn es unter diesen Bedingungen in beiden Ländern eine autonome Erhöhung der Investitionen um, sagen wir, 5 gäbe, dann würde das BIP-Wachstum, $\Delta Y = 1/s \cdot \Delta I$, in Land A 16,67 und in Land B 25 betragen. Abgesehen von der Frage der fehlenden inhaltlichen Rechtfertigung für die Idee des multiplikativen BIP-Wachstums und damit für den Wert eines solchen Wachstums, die weiter unten erörtert wird, ist der Unterschied in der Wirkung nur deshalb signifikant, weil dieselbe Gruppe von Subjekten in einer Volkswirtschaft durchweg anders qualifiziert ist als in der anderen. Ergibt dies einen Sinn?

Betrachten wir nun den zweiten Grund für die Falschheit der keynesianischen Wachstumstheorie. Beginnen wir mit ihrer ursprünglichen Version, die von Keynes selbst formuliert wurde. Er schreibt wie folgt (Keynes 1936, S.115): "Definieren wir also dC_w/dY_w als die marginale Konsumneigung. Diese Größe ist von erheblicher Bedeutung, weil sie uns sagt, wie der nächste Produktionszuwachs zwischen Konsum und Investitionen aufgeteilt werden muss. Denn $\Delta Y_w = \Delta C_w + \Delta I_w$, wobei ΔC_w und ΔI_w die Zuwächse des Konsums und der Investitionen sind, so dass wir $\Delta Y_w = k\Delta I_w$ schreiben können, wobei $1 - 1/k$ gleich der marginalen Konsumneigung ist. Nennen wir k den Investitionsmultiplikator. Er besagt, dass bei einem Anstieg der Gesamtinvestitionen das Einkommen um einen Betrag steigt, der dem k -fachen des Investitionszuwachses entspricht."

Auffallend an dieser Passage ist die etwas merkwürdige Art und Weise, in der Keynes von einer Formel für die nachträgliche Aufteilung des zusätzlichen Einkommens (ΔY_w) in zusätzlichen Konsum (ΔC_w) und zusätzliche Investitionen (ΔI_w) zu einer Formel übergeht, die die Abhängigkeit des zusätzlichen Einkommens (ΔY_w) von einem Multiplikator k und zusätzlichen Investitionen (ΔI_w) zeigt. Der Multiplikator k wird nicht explizit definiert, sondern als Teil einer Formel für die marginale Konsumneigung. Wenn wir die marginale Konsumneigung mit dem üblichen Symbol c bezeichnen, sollte die Formel als $c=1-1/k$ geschrieben werden. Nach einer entsprechenden Umformung erhalten wir die richtige Definition des Investitionsmultiplikators $k=1/(1-c)$ oder $k=1/s$.

Dies ist jedoch nicht das Wichtigste in Keynes' etwas verworrener Argumentation. Viel wichtiger ist die Tatsache, dass er einen Kardinalfehler in der Argumentation gemacht hat. Sieht man einmal von der fehlenden Definition von Konsum und Investition ab, so ist weder gegen das Konzept noch gegen die Interpretation der marginalen Konsumneigung etwas einzuwenden, die Keynes als das Verhältnis dC_w/dY_w definiert, das kleiner als die Einheit ist. Diese ökonomische Kategorie drückt numerisch die logisch vertretbare Regelmäßigkeit aus, dass für jede Einheit zusätzlichen Einkommens weniger als eine Einheit für den Konsum ausgegeben wird. Nach den Definitionen von Keynes sollte diese Beziehung als $\Delta C_w=c*\Delta Y_w$ geschrieben werden, d. h. als eine Funktion, in der die Zunahme des Konsums, ΔC_w , eine abhängige Variable von der Zunahme des Einkommens, ΔY_w , ist. Da das zusätzliche Einkommen in einen konsumierten und einen investierten Teil aufgeteilt ist, muss der Rest des Einkommenszuwachses in eine zusätzliche Investition umgewandelt werden, die als $\Delta I_w=(1-c)*\Delta Y_w$ oder $\Delta I_w=s*\Delta Y_w$ geschrieben werden sollte. In diesem Ausdruck ist ΔI_w natürlich auch eine vom Zuwachseinkommen abhängige Variable.

Wenn wir also die Gültigkeit der keynesianischen Definitionen von Einkommen, Sparen und Investitionen sowie der marginalen Konsumneigung und der marginalen Sparneigung akzeptieren, die die Bedingung $c+s=1$ erfüllen, dann müssen sowohl der Konsum als auch die Investitionen als eine Funktion des Einkommens betrachtet werden. Mit anderen Worten: Sowohl der Konsum als auch die Investitionen steigen nur, wenn das Einkommen steigt. Dies ist eine offensichtliche Binsenweisheit. Keynes akzeptierte jedoch die erste dieser Beziehungen als wahr, während er bei der zweiten die

Rollen zwischen der abhängigen und der unabhängigen Variablen vertauschte, ohne auch nur zu versuchen, eine solche Operation zu rechtfertigen, und zu dem Ergebnis kam, dass $\Delta Y_w = \Delta I/s$, d. h. dass der Anstieg des Einkommens vom Anstieg der Investitionen abhängt. Dies ist ein unzulässiger Verstoß gegen die Regeln des logischen Schlusses. Denn aus der wahren Aussage, dass A die Ursache von B ist, kann nicht folgen, dass B die Ursache von A ist. Eine solche Schlussfolgerung ist falsch. Das Fehlen einer inhaltlichen Rechtfertigung für ein solches "Manöver" wird in diesem Zusammenhang völlig irrelevant.

Diese beiden Merkmale des keynesianischen Ansatzes - Voluntarismus bei der Definition der Schlüsselvariablen der Theorie und ein logischer Fehlschluss in der Argumentation - machen die keynesianische Theorie des Wirtschaftswachstums falsch. Sie muss daher trotz ihrer scheinbaren Eleganz und Logik verworfen werden. Je früher dies geschieht, desto geringer werden die sozialen, ökonomischen und ökologischen Schäden sein, die dadurch entstehen, dass Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung als Fetische der Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Das Ergebnis ist die in der modernen Welt vorherrschende Wirtschaftsform, die man als Schrottwirtschaft bezeichnen sollte, die auf dem Prinzip der absichtlichen Verschwendung beruht.

Das Grundprinzip der Rationalität besagt, dass alle Ziele mit so wenig Aufwand und Ressourcen wie möglich erreicht werden sollten. Die Anwendung dieses Prinzips in der Praxis äußert sich seit jeher in dem Bestreben, alle wiederverwendbaren Güter so solide und langlebig wie möglich zu machen und dafür zu sorgen, dass von denen, die einmal benutzt werden, nichts verschwendet wird. Infolgedessen gab es jahrhundertlang keinen Bedarf an Mülldeponien, da der Begriff "Müll" praktisch keinen realen Inhalt hatte. Die Solidität langlebiger Güter ermöglichte es, sowohl Arbeitskräfte als auch die zu ihrer Herstellung benötigten Roh- und Hilfsstoffe einzusparen und gleichzeitig die Bedürfnisse der Menschen über längere Zeiträume zu befriedigen. Die auf diese Weise eingesparten Ressourcen blieben länger erhalten, und die Zeit und die Anstrengungen der Menschen konnten zur Verbesserung ihrer Lebensqualität in anderen Bereichen als den Waren und Dienstleistungen eingesetzt werden. Eine Wirtschaftstätigkeit, die auf solchen Prinzipien beruht, schadet auch der Umwelt nicht.

Erst im achtzehnten Jahrhundert erschien das erste Lob der Verschwendungssucht der Reichen als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in Form der allegorischen "Bienenfabel". (Mandeville 1957). Die in dieser Fabel verwendete Argumentation fand bei den Gründervätern der politischen Ökonomie bald Anerkennung und wurde in Form der These von der unsichtbaren Hand des Marktes, die das egoistische Streben nach maximalem Gewinn in Nutzen für alle umwandelt, in diese Wissenschaft aufgenommen. Letztlich wurde die Tugend der Sparsamkeit und Zurückhaltung bei der Nutzung aller Ressourcen in der von Keynes' Theorie initiierten Makroökonomie auf dem Altar des Wirtschaftswachstums und der Vollbeschäftigung geopfert. Dabei wurde die These der Gewinnmaximierung als Ziel des Wirtschaftens durch die These des Wirtschaftswachstums und der Vollbeschäftigung als Grundvoraussetzung für die Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands überlagert.

Ausschlaggebend für diesen Wohlstand ist natürlich der Verbrauch von Waren und Dienstleistungen.

Damit dieser Verbrauch weiter zunimmt, werden immer mehr Einwegartikel in Einwegverpackungen eingeführt. Dort, wo Waren immer wieder verwendet werden, werden ihre Haltbarkeit und Reparierbarkeit bewusst eingeschränkt und immer neuere Modelle auf den Markt gebracht, wobei Marketingtechniken eingesetzt werden, die die Menschen dazu bringen, auf der Basis eines "Muss" zu kaufen¹⁹. Das Ergebnis ist ein unablässiges Streben nach dem Neuen, das einer Jagd nach dem Horizont gleicht. Die Nebenwirkungen einer solchen Politik sind zum einen die wachsenden Berge modernen Mülls, sowohl in Form von Dingen, die noch funktionieren, aber nicht mehr gebraucht werden, als auch in Form von Einwegverpackungen und verschwendeten Lebensmitteln, deren Entsorgung immer mehr Aufwand erfordert. Auf der anderen Seite der wachsende Zwang zu arbeiten, um Geld für das zu verdienen, was jeder "haben muss". Auf diese Weise wird der moderne Mensch, der von aufdringlichen und allgegenwärtigen Werbekampagnen betäubt wird, aus freien Stücken zum Sklaven der Dinge, und die Einstellung "mehr zu haben" ersetzt zunehmend die Einstellung "mehr zu sein". Dieses "mehr haben" bedeutet jedoch in der Regel "mehr unnötige Dinge". Um das zu sehen, genügt ein Blick in jedes Kinderzimmer, in jeden Kleiderschrank, auf den Dachboden oder in den Keller eines jeden.

Vieles deutet darauf hin, dass ohne eine radikale Änderung der Herangehensweise an sozioökonomische Fragen unter den vielen Begriffen, die die moderne Zivilisation beschreiben, letztlich einer absolut zutreffend bleiben wird: eine Zivilisation des Todes und des Mülls.

¹⁹ Einer der dümmsten Marketingtricks, um die Leute zum Kauf zu bewegen, ist der Slogan "Je mehr Sie ausgeben, desto mehr Sie sparen".

Literatur

Fedorowicz Z. (1970), *Finanse w gospodarce socjalistycznej*. PWE, Warszawa.

Halizak E. (2016), *Gospodarka Chin. Między rynkiem a państwem autorytarnym*. Rocznik Strategiczny 2015/2016, ISSN 2300-2654, s. 292

<https://forsal.pl/galeria/1138735.najwieksza-zagadka-ekonomiczna-swiata-jak-duza-jest-gospodarka-korei-polnocnej-wykresy.html>. Dostęp 3.03.2022

J. Kornai (1980), *Economics of shortage*, North -Holland

Keynes, J.M. ([1936] 2013), *The General Theory of Employment, Interest, and Money*. In: *The Collected Writings of John Maynard Keynes. Volume VII*. Cambridge University Press for the Royal Economic Society, 2013

Mandeville B. (1732) *The Fable of the Bees*, <https://oll.libertyfund.org/title/kaye-the-fable-of-the-bees-or-private-vices-public-benefits-vol-1>

Public good or private wealth – Oxfam 2019 – Full Report.pdf, s. 12,
<https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/620599/bp-public-good-or-private-wealth-210119-en.pdf>, dostęp 23.05.2019